

Software für digitale Wahlen kommt



So könnten digitale Wahlen bald an der Universität Duisburg-Essen ablaufen. (Foto: BRIT)

Was auf Bundesebene als zu gefährlich gilt, wird an der Universität Duisburg-Essen (UDE) bald umgesetzt: Am vergangenen Freitag, 12. Januar, hat der Senat entschieden, neben der analogen auch die digitale Wahl einzuführen. Bewährt sich die umstrittene Innovation, ist der Gang zur Wahlurne bald Geschichte. Ob die Software einhält, was sie verspricht, darauf können Studierende nur hoffen.

Die hitzige Debatte im Senat über die Vision der digitalen Wahlen verlief kontrovers. Doch die anschließende Beschlussfassung war unmissverständlich: Neun Senatsmitglieder stimmten dafür, vier enthielten sich und zwei waren dagegen. Letztere waren die studentischen Vertreterinnen Corinna Kalkowski (ehemals Antiheldenden) und Aylin Kilic (Grüne Hochschulgruppe). Sehar Nasir (Internationale Liste) enthielt sich und Emre Özcan (RCDS und LHG) war nicht anwesend. Die Wahlordnung wurde also angepasst. Die Versprechungen der beauftragten Firma Polyas sind groß. Ziemlich groß. Bedenken der aktuellen Rechtsprechung könnten sie problemlos auflösen – wie sie auf ihrer Website behaupten.

Mit ihrer speziell für Universitäten entwickelten Online-Wahlsoftware könnten sie jeden gesetzlichen Anspruch gewährleisten. Die im nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz eingeforderten Grundsätze einer unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl: Check. Näheres klärt dann die Wahlordnung, die sich jede Universität selbst gibt und die im Fall der UDE keine Regelung besitzt, die Online-Wahlen explizit verbietet. Wieder ein Check – wenn auch etwas voreilig. Schließlich gibt es Vorschriften, die deren Umsetzung nicht unbedingt einfacher machen. So wird in Paragraph 11 der Ablauf des Wahlgangs definiert, bei dem sich amtliche Wähler*innen zunächst mit einem Lichtbildausweis ausweisen müssen, der den anwesenden Wahlhelfer*innen bekannt ist. Erst dann kön-

nen Wahlunterlagen ausgehändigt werden. Auch hier und bei vielem Weiteren verspricht Polyas ein Check.

Der Großteil der Entscheidungsträger*innen war Feuer und Flamme, die studentische Vertretung unter ihnen enttäuscht. „Es ist erstaunlich, dass die Ablehnung und kritischen Äußerungen der studentischen Gremien so wenig Gewicht haben“, sagt Corinna und ergänzt: „Ob die Möglichkeit der steigenden Wahlbeteiligung einen dauerhaften Effekt haben, lässt sich nicht sagen, da es dazu keine Zahlen gibt.“ Zugegeben: Eine Wahlbeteiligung von 7,04 Prozent bei der vergangenen Wahl zum Studierendenparlament ist erschreckend niedrig. Die Online-Option aber als eine Art Selbstläufer zu begreifen, etwas naiv. In einer Meinungsumfrage der aktuell kritisierten Studierenden weniger die an Standorte gebundenen Öffnungszeiten, sondern vielmehr die komplexen Inhalte und Interessenskonflikte mit der Listenpolitik sowie fehlende Wahlwerbung.

Wie könnte digitales Wählen sein?

Ebenso naiv ist das Abnicken der intransparenten Software, findet der Informatikstudent Oskar Carl. Zertifikate vom Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI), auf die sich Polyas öffentlich beruft, sprechen ohne Zweifel für eine funktionierende Technik. Seit 2016 garantiert das BSI die Sicherheit der Online-Wahlsoftware. „Das Problem dabei ist nur, dass zwar sehr kompetente, aber nur sehr wenige kompetente Menschen drauf geschaut haben“, sagt Oskar. Macht man einen Quellcode öffentlich zugänglich, könnten diesen natürlich auch Konkurrent*innen nutzen. In vergangenen kritischen Projekten habe sich aber genau das als Vorteil erwiesen. „Man könnte durch Open Source zum Beispiel prüfen, ob die Software so läuft, wie sie soll“, sagt er.

Derzeit kann man sich nur hypothetisch ausmalen, wie die digitale Wahl an der UDE aussehen

Mit Sprachdefizit unterrichten



Viele Lehramtsstudierende beherrschen die deutsche Grammatik nicht. Was da los ist, lest ihr auf den **Seiten 4 und 5**.

AStA ohne Koalitionsvertrag



Wie sich der neue AStA zusammensetzt und was sonst noch für Trubel im StuPa sorgte, lest ihr auf der **Seite 7**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

könnte. Zunächst würde Polyas Server in der UDE installieren, wodurch der Datenschutz grundsätzlich einhaltbar sei. „Wie bei einer Bankkarte könnte man die Zugangsdaten in zwei getrennten Briefen erhalten“, erklärt Oskar. Über Codes würde die Wahlentscheidung dann an den Server übermittelt werden. „Durch ein zusätzliches Infoblatt, auf dem die jeweiligen Codes aufgelistet sind, könnten die Wähler sogar nachvollziehen, was beim Server als Wahlentscheidung eingegangen ist.“ Die Technik überzeugt den Studenten. „Das Problem dabei ist aber, dass alles haargenau so umgesetzt werden muss. Die zuständige Verwaltung darf nichts verschwitzen.“ Die Briefwahl an der UDE beweise zu gut, dass das gar nicht so einfach scheint. Und auch die Tugend der Informatik könne man nie unbeachtet lassen: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit.

Die Zukunft der Gremien-Wahlen scheint also recht düster, wenn eine Software verwendet werden soll, deren Verfahrensschritte man nicht richtig nachvollziehen kann. Es scheint, als wolle die UDE ein Zeichen in Sachen Digitalisierung setzen. „Absurd ist dann aber, dass das ausgedruckte Ticket in derselben Senatsitzung wenige Stunden vorher als tatsächliche Option genannt wird“, sagt Corinna. **[BRIT]**

Die Feindseligkeit in der Normalität

Kommentar

2.000 Einzelfälle

Von Dennis Pesch

Folgendes dürfte wohl vielen Studierenden der Universität Duisburg-Essen bekannt vorkommen: Das Semesterticket auf der MyUDE-App und die Abschaffung dessen auf der Chipkarte. Seit über zwei Jahren schlägt sich die Studierendenschaft mit diesem Problem herum. Das Ticket auf der App ist nicht abrufbar, kann von Kontrollgeräten der Verkehrsverbünde und der Deutschen Bahn oft nicht gelesen werden, funktioniert auf manchen Betriebssystemen von Smartphones gar oder „nur“ hin und wieder nicht.

Die Universität und die Verkehrsverbünde schieben die Zuständigkeiten immer aufeinander ab. Das Einschreibungswesen, bei dem sich in der Vergangenheit dutzende Studierende beschwert haben, spricht von „Einzelfällen“ und fühlt sich nicht berufen, etwas an der Situation zu ändern. Die Verwaltung empfiehlt den Studierenden, das Ticket auf Papier auszudrucken, obwohl alle von einer notwendigen Digitalisierung sprechen. Ein von Regen getränktes Ticket, das nicht laminiert werden darf, lässt sich aber noch schlechter lesen, als es auf dem Smartphone schon der Fall ist. In einem Monat haben über 2.000 Studierende ohne große Mobilisierung eine Petition unterschrieben, in der das Autonome Fachschaftenreferat die Rückkehr des Semestertickets auf die Chipkarte fordert.

Wer am vergangenen Freitag, 12. Januar, im Senat der UDE war, durfte Bauklötze staunen über Aussagen einiger Senator*innen: „Das Problem war uns bisher nicht bekannt“, erklärte der Rektor Ulrich Radtke. „Wir können hier nicht alle Probleme des öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland lösen“ und „eine technische Umstellung braucht nun mal Zeit“, meint Sabine Wasmer, Dezernentin des Studierendenservice und zuständig für hochschulpolitische Angelegenheiten. Das sind nur drei Aussagen, die wie Hohn und Spott gegenüber den Studierenden wirken. Weder hat jemand verlangt, alle Probleme des ÖPNV zu lösen, noch war das Problem unbekannt. Eine technische Umstellung benötigt auch keine zwei Jahre, außer eben: Sie funktioniert nicht. Wie auch im Senat teilweise erkannt wurde, ist das vor allem eins: peinlich. Auf der – nennen wir es beim Namen – Scheiße, bleiben ausschließlich die Studierenden sitzen. Wem das egal ist, der kann nicht von sich behaupten, den Aufgaben gegenüber den Studierenden nachzukommen. Es wird Zeit zu handeln, liebe UDE!

Ausgerichtet von der Jugendhilfe und Berufshilfe Essen, der Volkshochschule Essen (VHS) und der Universität Duisburg-Essen im Rahmen einer Ringvorlesung der Sozialen Arbeit fand am Dienstag, 9. Januar, in der VHS ein Vortrag zum Phänomen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) statt. Referent Wilhelm Heitmeyer, Soziologe an der Universität Bielefeld, forscht seit mehr als 30 Jahren zu Rechtsextremismus, Konflikten und Gewalt – im Verlauf der Veranstaltung verstrickte sich der renommierte Forscher jedoch in Widersprüche.

Etwa hundert Personen füllen den Saal der VHS bei Veranstaltungsbeginn gegen 18 Uhr, darunter viele Studierende. Man wollte das Thema jedoch aus dem universitären Rahmen in die Gesellschaft tragen, womit die Ortswahl der Vorlesung einleitend erklärt wird.

Als Heitmeyer auf die Bühne gebeten wird, fängt der inhaltliche Teil des Abends an: Er erläutert die Wechselwirkungen von Krisenerfahrungen und Gesellschaft – und die dadurch entstehenden Normalitätsverschiebungen. Die Rechten hätten die historischen Ereignisse wie 9/11, die Finanzkrise und den Anstieg geflüchteter Menschen genutzt, emotional ausgebeutet und „Provokations-, Raum- und Normalisierungsgewinne“ erzielt. Die Folgen seien Angst und Abwertungsmuster. Dazu beigetragen hätten ethisch-moralische Grenzüberschreitungen, wie Alexander Gaulands (AfD) Äußerung der „Entsorgung in Anatolien“ oder das strukturelle Problem, dass es für Hasskultur problemlos einen Markt gebe.

Widersprüche und (k)eine Vision

GMF wird auf der Veranstaltungsseite so beschrieben: „Migranten, Juden, Farbige, Flüchtlinge, Homosexuelle oder Obdachlose werden vermehrt im Netz oder auf offener Straße angepöbelt oder gar angegriffen.“ Zum Phänomen gehören jedoch auch hasserfüllte Einstellungen bezüglich solcher stigmatisierten Gruppen wie Langzeitarbeitslosen – und die sind bis weit in die Zivilgesellschaft verbreitet (2002, vor den verstärkenden historischen Krisenereignissen, bei 20 Prozent der deutschen Gesellschaft). GMF und terroristische Zellen wie der NSU befinden sich laut Heitmeyer in einem Kontinuum, sind von ähnlichen Weltbildern der Etabliertenvorrechte geprägt, sie unterscheiden sich am Maß der Gewalt. Die Zwischenräume werden von Heitmeyer als durchlässig beschrieben, als „Membran“. Besonders provokative Äußerungen, die viel Interpretationsspielraum bieten und tendenziell Gewalt gegen Gruppen verharmlosen, würden die Grenzen aufweichen lassen und Übergriffe legitimieren.

Die Ursache des Phänomens der GMF innerhalb der gesellschaftlichen Struktur ist laut Heitmeyer die materielle Ungleichheit, die zum Gefühl der Ungleichwertigkeit führe, was übernommen und gegen andere Gruppen gerichtet wird. Über Antisemitismus wird während des Abends geson-



Protest gegen Diskriminierung (Symbolbild: lys)

dert gesprochen. Offene Feindschaft gegenüber Jüd*innen hätte abgenommen, Antisemitismus drücke sich eher in israelbezogenen Kontexten aus. Weiter führt Heitmeyer Studien seines Instituts an, die einen kontinuierlichen Anstieg von Einstellungen der GMF in der Gesamtgesellschaft aufzeigen, sowie innerhalb der 20 Prozent der Personen mit GMF von 2002 eine steigende Gewaltbereitschaft verzeichnen. Als Beispiel für die Normalisierung menschenfeindlicher Positionen zählt Heitmeyer den fehlenden Aufschrei in Europa nach der „Verdunkelung“ durch „rechtsnationale Vertreter und Regierungen“.

Abschließend erläutert Heitmeyer seine Zukunftsbilanz. In jeder historischen Krise müsse eine sicherheitsspendende Routine helfen, den Zustand der Vorkrise wiederherzustellen. Während der abschließenden Diskussion war keine Möglichkeit, dies zu hinterfragen; Auch, weil sich – auffälligerweise ausschließlich männliche – Personen viel Raum genommen haben, persönliche Geschichten zu erzählen, das Vorgehen der israelischen Armee zu kritisieren und zum Beispiel zu fragen, ob jüdische Künstler*innen zu boykottieren antisemitisch sei. „Es folgte eine Zustimmung Heitmeyers zu den von den ‚Fragenden‘ geäußerten Inhalten“, erzählt Studentin der Sozialen Arbeit Hannah Obert, Teilnehmerin der Veranstaltung, die beim Jungen Forum Ruhr der Deutsch-Israelischen Gesellschaft aktiv ist. „Er sagte Nein, Kampagnen, die Israel boykottieren seien selbstverständlich nicht antisemitisch. Und ja, wie Israel mit den Palästinensern umgehe, sei natürlich zu kritisieren“. Diese Antworten Heitmeyers tragen auch zur Normalitätserzeugung bei, die er eigentlich analysiert. Obert dazu: „Schade, nach einer gelungenen Analyse dieses Zurückrudern Heitmeyers erleben zu müssen, welches eine Verharmlosung des modernen Antisemitismus in der öffentlichen wissenschaftlichen Debatte illustriert.“ [lys]

Freie Bahn für fiese Vermieter*innen

Ärger zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen ist kein neues Thema; der Vermietende ist nicht erreichbar, Mängel werden erst nach Wochen beseitigt oder die Arbeit wird ganz einfach auf den Mietenden abgewälzt. Viele Studierende sehen sich besonders oft mit solchen Problemen konfrontiert. Nur wenige unter ihnen sind Mitglied beim Mieterschutz und ihre Unerfahrenheit wird oft ausgenutzt. Woran das liegt und wie man sich dagegen zur Wehr setzen kann, erklären die Mietergemeinschaft Essen e.V und der Mieterschutz im Revier.

Anaïs rollt mit den Augen. Die Heizung funktioniert schon wieder nicht richtig. Der Vermieter weiß darüber längst Bescheid. Angeblich hat er auch eine Firma beauftragt, die sich kümmern soll, behauptet er. Bisher ist aber noch nichts passiert und der Anruf an den Vermieter bleibt wie üblich unbeantwortet. Das komme öfter vor, berichtet die Studentin der Universität Duisburg-Essen (UDE). „Das beste ist, dass ich immer noch keinen Mietvertrag bekommen habe. Ich wohne schon seit fast fünf Monaten hier und obwohl mein Vormieter, meine Mitbewohnerin und ich selbst ihn mehrfach per Mail und Telefon daran erinnern haben, kam da bisher immer noch nichts. Ich habe es jetzt auch aufgegeben“, schildert Anaïs. Auch auf andere Anfragen hätte der Vermieter bisher nicht reagiert. „Im Treppenhaus gibt es an der Wand ein tropfendes Rohr, deshalb ist ein Treppenabschnitt immer ganz nass. Mal abgesehen davon, dass das gefährlich werden kann, sollte es ja auch in seinem Interesse liegen, dass ein undichtes Rohr in seinem Mietobjekt repariert wird“, findet Anaïs. Immerhin ließen sich aber inzwischen die Fenster alle vernünftig öffnen und schließen, fügt sie leicht ironisch hinzu.

Auch Roland, ebenfalls Student an der UDE, hat schlechte Erfahrungen mit seiner Vermieterin gemacht. Sie sei mit ihren Aufgaben heillos überfordert. Nachfragen beantwortete sie zum Teil überhaupt nicht, „zum Beispiel warte ich seit fast zwei Jahren auf einen Stellplatz fürs Auto“, beschreibt er. „Gleichzeitig will sie aber, weil ich es einmal angeboten habe, dass ich mich um alles kümmere. So sollte ich für die andere freie Wohnung im Haus eine Wohnungsbesichtigung machen, ohne dass ich gefragt wurde“, beschwert er sich. Auch hätte sie ohne sein Wissen seine Handynummer weitergegeben. „Als ich mal auf den Tisch gehauen habe, dass das nicht in Ordnung ist, war sie vollkommen verständnislos“, schildert der Student.

Doch welche Maßnahmen kann man ergreifen, wenn Vermieter*innen nicht auf Anfragen reagieren? „Wichtig ist grundsätzlich, dass man alles schriftlich macht, also per Post, nicht per E-Mail. Als erstes kann ich



Der Anruf bei dem*der Vermieter*in kann einen schon mal zur Verzweiflung bringen. (Foto: seg)

dem Vermieter eine Frist setzen; wenn er die nicht einhält, kann ich die Miete kürzen“, erklärt Siv Mammitzsch, Geschäftsführerin der Mietergemeinschaft Essen e.V. Die Höhe dieses Betrags ergebe sich aus einer Vielzahl von gerichtlichen Bestimmungen. Mietende dürfen das also nicht selbst bestimmen, sondern müssen sich an Stellen wie der Mietergemeinschaft Essen e.V. wenden, so Mammitzsch. „Dann gibt es noch den Unterschied zwischen einer Mietminderung und einem Mieteinbehalt. Die Minderung darf der Mieter behalten. Das ist das erste Druckmittel. Der Mieteinbehalt muss gegebenenfalls zurückgezahlt werden.“

Natürlich kann die Gegenseite beide Druckmittel auch nicht anerkennen, dann kommt es erst recht zur Auseinandersetzung“, erklärt sie weiter. Besonders oft betreffen solche Fälle junge Menschen oder solche, die die deutsche Sprache nicht einwandfrei beherrschen. Bei Studierenden verlangten Vermieter*innen zudem häufig eine doppelte Absicherung. Das heißt: eine Kautions- und zusätzlich eine Bürgschaft, zum Beispiel von den Eltern. „Beide Absicherungsleistungen zu verlangen ist aber nicht zulässig“, betont Mammitzsch.

Mieter*innen sind nicht machtlos

Gabriele Quednau, zweite Vorsitzende von Mieterschutz im Revier, bezweifelt, dass Studierende den Weg zum Mieterschutz fänden. Zunächst aus Unwissenheit, vor allem aber, weil die Mitgliedschaft nicht kostenlos ist. Unter den Mitgliedern befänden sich kaum Studierende, stellt sie fest. „Studierende lassen auch viel mit sich machen. Der Vermieter

weiß, dass direkt der nächste auf der Matte steht, wenn einer auszieht und denkt sich, die sind schön unerfahren, dann ist es ja egal was drumherum ist und hat so freie Bahn.“ Asylbewerber*innen sähen sich zwar mit ähnlichen Problemen konfrontiert, würden aber zumindest von der Stadt insofern unterstützt, als dass diese sie zum Mieterschutz schickten, der sich dann um die Angelegenheit kümmere. „Studierende werden da leider nicht unterstützt“, bemängelt sie.

Laut Mammitzsch sei es aus diesen Gründen unerlässlich, von vorne herein aufmerksam zu sein. Zum Beispiel könne es bei einer Schadensmeldung Probleme geben, wenn den Mietenden bereits vor Einzug bekannt war, dass es beispielsweise keine Heizung gibt. „Deshalb ist das Protokoll so wichtig“, stellt sie klar. „Manche Schäden stellt man ja auch erst später fest und das muss man dann sofort schriftlich anzeigen. Sonst muss der Mieter beim Auszug eventuell für die Reparatur aufkommen“, warnt sie. Die häufigsten Beschwerden von Mietenden, die sie erreichten, drehten sich oft um Betriebskostenabrechnungen. „Die stehen ganz oben auf der Liste. Dann kommen Mängelbeseitigungen, Feuchtigkeit, Schimmelbefall und die kaputte Heizung im Winter ist auch so ein Klassiker“, erzählt sie.

Studierende können sich aber auch ohne Mitgliedschaft beim Mieterschutz wehren. Die Rechtsberatung des AStA kann zum Beispiel erste Abhilfe schaffen. Zweimal im Monat wird dort Studierenden eine kostenfreie anwaltliche Beratung angeboten, die innerhalb der Sprechzeiten auch telefonisch möglich ist. [seg]

"Lehrkräfte sollen vermitteln, was sie selbst nicht können"



Viele Lehramtsstudierende im Fach Deutsch haben große schriftsprachliche Probleme – und sollen in wenigen Jahren Schulklassen unterrichten. (Foto: fro)

Am Institut für Germanistik der Universität Duisburg-Essen (UDE) ist man besorgt: Nicht wenige Lehramtsstudierende im Fach Deutsch haben große Probleme im Bereich der Rechtschreibung und Grammatik – und stehen bald vor Schulklassen, um genau diese Stoffe zu vermitteln. An der UDE gibt es Institutionen, die den betroffenen Studierenden Hilfe anbieten.

Eigentlich erwartet man von Lehrkräften, dass sie ihr Fach beherrschen. Doch die Realität sieht oft anders aus. Patrick Voßkamp und Ulrike Behrens lehren an der UDE im Bereich der Linguistik und der Sprachdidaktik. In ihren Seminaren vermitteln sie ihren Studierenden den Gegenstand der Sprache unter Aspekten der Lehr- und Lernbarkeit, um sie auf ihre baldige Schulpraxis vorzubereiten. Die Texte, die sie von Studierenden zu Gesicht bekommen, lösen bei ihnen zum Teil Erschrecken aus, sagen sie. Voßkamp hat das Thema erst neulich in einer seiner Lehrveranstaltungen zur Sprache gebracht. In einigen Texten hätte es von Zeichensetzung Fehlern, lexikalischen und grammatikalischen Fehlern sowie erheblichen Defiziten in der Kasusbildung und Flexion gewimmelt. Grundlegende Sprachregeln würden nicht beherrscht. „Im Prinzip werden hier Standards nicht erfüllt, die am Ende der Sekundarstufe I – und eigentlich schon nach der 6. oder 7. Klasse – erfüllt sein müssen“, betont er und fügt hinzu: „Und das im Lehramtsstudium im Master im Fach Deutsch.“ Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle. Allein in seinem Seminar seien ihm in drei Texten erhebliche Sprachdefizite aufgefallen. „Es ist ein gravierenderes Problem als man anfänglich denkt“, so Voßkamp weiter.

Seine Kollegin Behrens verlangt inzwischen von ihren Studierenden zu Beginn jedes Semesters Schreibaufgaben. „Das habe ich früher nicht gemacht. Dann fliegen solche

Defizite erst bei den Hausarbeiten auf“, sagt sie. Mittlerweile wurde sich im Fach darauf geeinigt, dass die Korrektur der Arbeiten nach mehr als 15 Fehlern auf den ersten drei Seiten abgebrochen und die Leistung mit ‚mangelhaft‘ bewertet wird. Auf wie viele Arbeiten das zutrifft, können die Dozierenden nicht sagen, da keine Statistik hierzu vorliege. Wenige seien es jedoch nicht. „Wenn es nur ganz punktuell im Semester vorkommen würde, hätten wir uns ja nicht im Fach in einer Qualitätskonferenz Gedanken machen müssen. Das ist ein ganz schön erschreckendes Signal“, fügt Voßkamp hinzu.

„Ein gravierendes Problem“

Ihr Institutskollege Albert Bremerich-Vos hat gemeinsam mit Dirk Scholten-Akoun vom Zentrum für Lehrerbildung eine empirische Untersuchung zu schriftsprachlichen Fähigkeiten von Lehramtsstudierenden zu Beginn ihres Studiums durchgeführt. „Da zeigt sich, dass die Situation auch – aber nicht nur in Essen – nicht so bleiben kann wie sie ist“, fasst Behrens die Ergebnisse zusammen. „Man muss dazu sagen, dass die schriftsprachlichen Leistungen von Lehramtsstudierenden in der Studieneingangsphase in den einzelnen Studiengängen unterschiedlich ausfallen“, ergänzt Voßkamp. Am besten haben angehende Grundschullehrer*innen abgeschnitten – das könnte mit dem relativ hohen Numerus Clausus zusammenhängen, vermutet er. Im Mittelfeld liegen Studierende, die an Gymnasien und Gesamtschulen sowie an Berufskollegs unterrichten wollen. „Wir haben also noch mal ein gravierenderes Problem in der Studierendenschaft, die ‚nur‘ für die Sekundarstufe I studiert“, so Voßkamp weiter über angehende Lehrer*innen, die an Haupt-, Real- und die Unterstufe von Gesamtschulen unterrichten wollen. Es gebe insgesamt eine große Streuung innerhalb der Studierendenschaft und sogar innerhalb

eines Studiengangs. „Dort gibt es auch Studierende, die einfach brillant sind.“

Weitreichende Konsequenzen

Für Behrens und Voßkamp ist es unverständlich, wie Schüler*innen und Studierende mit solch defizitären schriftsprachlichen Leistungen die Schullaufbahn durchqueren, durchs Abitur kommen und eine Bachelorarbeit bestehen konnten. „Erschreckend finde ich, dass bei manchen kein Problembewusstsein vorhanden ist“, so Voßkamp. Für die Zukunft der Betroffenen sehe er schwarz. „In maximal zwei Jahren stehen diese Studierenden nicht nur vor einer Klasse, sondern auch vor Fachleitern, Schulleitern und Mentoren“, erklärt er. Während des anderthalbjährigen Vorbereitungsdienstes müssen Referendar*innen einen Spagat hinlegen: Einerseits geben sie eigenständigen Unterricht, andererseits befinden sie sich selbst noch im praktischen Teil ihrer Ausbildung. Sollten auch im Referendariat noch so große Defizite in der Schriftsprache bestehen, könnten gravierende Konsequenzen auf die Betroffenen zukommen. „Wenn ein Fachseminarleiter im Worst Case den Referendar nicht zur unterrichtspraktischen Prüfung zulässt, verlängert sich die Nummer noch mal um sechs Monaten bei gekürzten Bezügen“, warnt Voßkamp. Bei solch schlechten Rechtschreibleistungen – ob im Unterrichtsentwurf, in Aufgabenblättern oder an der Tafel und beim Korrigieren – sei das ein durchaus realistisches Szenario.

Das alles betrifft nicht ausschließlich Deutschlehrer*innen. Vielmehr müsse die gesamte Lehrer*innenschaft einen korrekten (schrift)sprachlichen Umgang vorweisen. Denn auch beispielsweise Mathematiklehrkräfte müssen sich darüber im Klaren sein, dass es Missverständnissenquellen gibt, die rein sprachlicher Natur sind – in Textaufgaben beispielsweise. „Lehrer müssen Behördenschreiben und Elternbriefe verfassen können, Sprachvorbild und Sprachreflexionsvorbild sein. Und zwar in allen Fächern“, führt Behrens aus.

„Es ist verdammt noch mal unsere Aufgabe“

Der Kernlehrplan für das Fach Deutsch an Gymnasien schreibt vor, dass Schüler*innen am Ende der Sekundarstufe I „Grundregeln der Rechtschreibung und Zeichensetzung sicher beherrschen und häufig vorkommende Wörter, Fachbegriffe und Fremdwörter richtig schreiben“ müssen. Eigentlich sollten basale sprachformale Regeln also vorausgesetzt werden können, damit im Universitätsstudium inhaltliche Aspekte und Debatten des Fachs behandelt werden können. „Wenn man bis in den Master hinein Stoff aus der Sekundarstufe wiederholt, dann heißt es im Umkehrschluss auch was für die fachliche Ausbildung – und das ist ein Problem“, so Behrens. Daher verzichten einige Dozierende darauf, die Sachla-

ge zu thematisieren und schieben die Schuld auf die Schule. Behrens und Voßkamp jedoch wollen das Problem angehen und lösen. Man mache es sich zu einfach, wenn man die Verantwortung zurückweist.

„Wir arbeiten in der Sprachdidaktik und bilden angehende Lehrer*innen aus, die dann wiederum Schüler*innen das beibringen sollen, was sie selbst nicht können. Ich finde, es ist verdammt noch mal unsere Aufgabe, dass wir uns darum bemühen“, so Voßkamp. In ihren Seminaren räumen sie und ihre Institutskolleg*innen regelmäßig Zeit für Auffrischungsübungen ein. Zu Beginn jeder Lehrveranstaltung wiederholen sie mit den Studierenden unter anderem Regeln der Groß- und Kleinschreibung oder der Zeichensetzung. Zirka zehn Minuten der Sitzung verwenden sie dafür. Das sei Zeit, die für eine Auseinandersetzung mit Seminarinhalten fehle, fügt Behrens hinzu. Von den Studierenden erhalten sie jedoch dankbare Rückmeldung. Auch über die Seminarsitzungen hinaus bieten sie Hilfestellung an. Studierende können Teile ihrer Hausarbeit vor der Deadline einreichen und ein Feedback erbitten. Ungefähr ein Viertel der Studierenden nutzt das Angebot von Behrens. „Dabei lese ich faktisch jede Arbeit zweimal“, beschreibt sie den Mehraufwand. Beim ersten Auftreten eines Fehlers notiert sie die jeweilige Regel an den Seitenrand. Von den Studierenden erwartet sie, dass sie anhand dessen selbstständig die Arbeit noch einmal korrigieren und die weiteren Fehler beheben. „Ich bin ja nicht das Lektorat“, sagt sie und verweist darauf, dass eine bloße Korrektur den Lernfortschritt nicht positiv beeinflussen würde.

Voßkamp erwartet von den betroffenen Studierenden ein ausgeprägteres Problembewusstsein und mehr Ehrlichkeit zu sich selbst. Oftmals bekomme er zu hören, dass es sich um Flüchtigkeitsfehler handle oder dass der Text unter Zeitdruck entstanden sei. Doch in der Regel sei dies nur ein Vorwand. Auf einer Seite erkenne man sehr gut, ob es sich tatsächlich

um Flüchtigkeitsfehler oder ein größeres Defizit handle. Voßkamp versteht diesen Schutzmechanismus – schließlich möchte niemand zugeben, Probleme in der Rechtschreibung zu haben.

Zahlreiche Angebote

Neben Bemühungen von Dozierenden scheint auch die Universität die Dringlichkeit des Themas zum Anlass zu nehmen, verschiedene Angebote zu schaffen. Schon bei der Einschreibung müssen Studieninteressierte am Projekt Sprachkompetenz angehender Lehramtsstudierender (SkaLa) verpflichtend teilnehmen. Anschließend bekommen sie ein Feedback über mögliche Defizite. Das könne bis Januar des jeweiligen Folgejahres dauern, so Behrens, sei aber immer noch früh genug, um diese aufzuarbeiten. Auch das Projekt Studiport vom Landesministerium für Kultur und Wissenschaft bietet verschiedene Tests – zum Beispiel zu Rechtschreibung und Grammatik, aber auch zur Gestaltung wissenschaftlicher Texte –, um Studierende und Studieninteressierte über persönliche Fehlerfelder zu informieren.

Mit neuen Projekten sollen an der UDE die Sprachkompetenzen von Lehramtsstudierenden verbessert werden, etwa durch Professionalisierung für Vielfalt (ProViel). Im Rahmen der Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern soll dadurch der Ausbau des Umgangs mit Heterogenität in der Schule gefördert werden. Ein Teilprojekt dessen ist das fördernde Beurteilen schriftlicher Studienleistungen, mit dem über Fächergrenzen hinweg dieselben Beurteilungsraster etabliert werden sollen. „Wir glauben, dass es sinnvoll ist, dass Studierende während des Studiums immer wieder mit denselben Anforderungen konfrontiert sind“, so Behrens.

Seit über 20 Jahren ist die Schreibwerkstatt zudem eine feste Institution an der UDE. Dort können Studierende Hilfe beim Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten, aber auch bei Fragen hinsichtlich der Formulierung von Texten finden. Jedoch nehmen dieses Angebot eher Studierende wahr, die keine großen schriftsprachlichen Probleme haben, schildert Voßkamp seinen Eindruck. Es sei ähnlich wie bei Nachbesprechungen von Hausarbeiten: „Da kommt eher die Person mit einer 1,3 und fragt, was sie für eine 1,0 hätte machen müssen.“ Doch gerade von Studierenden mit Defiziten wünscht sich Voßkamp, dass sie die Probleme reflektieren und ihnen entgegenwirken – zu ihrem Wohle und das der künftigen Schüler*innen. „Man kann da nur appellieren: Macht was. Die Angebote sind da. Ob online, in den Seminaren oder in zusätzlichen Institutionen innerhalb der Uni“, betont der Dozent. [fro]

Belesen!

Lese- und Austauschabend



Das Autonome Frauenreferat der Universität Duisburg-Essen lädt zum Lesen ein und möchte einen neuen Lesekreis ins Leben rufen. Schaut vorbei und bringt eure Lieblingsbücher mit oder lasst euch vom Bibliotheksbestand des Referats überraschen. Zahlreiche Werke warten darauf, von euch durchgeschmökert zu werden. Kaffee, Tee und Kekse runden das gemütliche Treffen ab.

↗ **Donnerstag, 18. Januar, 17:30 bis 23 Uhr, Campus Essen, T02 Soo K13, Eintritt frei**

Ballern!

Bang-Geburtstagsparty

Schüttelt euren lethargischen Gemütszustand ab und schlüpft in eure bequemen, sämtlichen tänzerischen Einlagen standhaltenden Quadratlat-schenbekleidungen! Die Bang! lädt zu ihrem nunmehr 21. Geburtstag zu einer queeren Party und zelebriert dieses feuchtfröhliche Szenario mit dem Ausschank erlesener Alkohole und der Beschallung mit aufbrausender Musik.

↗ **Samstag, 20. Januar, ab 22 Uhr, Druckluft, Am Förderturm 27, Oberhausen, Eintritt 8 Euro, Gaderobe 1 Euro**

Bilden!

Wald an der Uni abholzen?

Der Campus Duisburg zeichnet sich unter anderem durch die große Waldfläche rundherum aus. Die Stadt Duisburg möchte aber eine Teilfläche abholzen lassen. Dr. Johannes Meßer, Vorsitzende des Beirates der Unteren Landschaftsschutzbehörde, informiert über die Beweggründe. Organisiert wird die Veranstaltung vom AStA der Universität Duisburg-Essen.

↗ **Donnerstag, 25. Januar, 18:30 bis 21 Uhr, Campus Duisburg, LK061, Eintritt frei**



An der Universität Duisburg-Essen gibt es einige Institutionen, die Studierenden Unterstützung bieten. (Foto: fro)

Aggressionstrigger: studentische Pendler*innen

Vergangenen Montag, 8. Januar, teilte die Universität Duisburg-Essen auf Facebook einen Kommentar mit dem Titel „Warum mich studentische Pendler aggressiv machen“ von Jana Gilfert, Volontärin bei der *Westen*. Die Argumente der Pendler*innen seien laut Gilfert „absoluter Bullshit“. Ist das so? Unter vielen Studierenden sorgte ihre Meinung für Unmut.

Die „bekanntesten Ausreden“ will sie „unter die Lupe genommen“ haben. Woran Gilfert diesen Bekanntheitsgrad festmacht oder ob sie vielleicht gerade die Begründungen ausgewählt hat, die ihr persönlich am häufigsten erscheinen, ist unklar.

Punkt Nummer eins. Die finanzielle Situation. Dass Studierende es sich nicht leisten können, von Zuhause auszuziehen, will Gilfert nicht gelten lassen und verweist darauf, man habe mindestens Zeit für einen 400-Euro-Job. Denn: „In der Zeit, in der man jeden Tag in der Bahn rumsitzt, könnte man auch einfach arbeiten gehen.“ Und wenn alle Stricke rissen, bliebe noch BAföG oder ein Studienkredit. Nur wer auszieht, lerne Eigenverantwortung zu übernehmen. Wie man von 400 Euro Miete und Lebensunterhalt bestreiten kann, bleibt aber Gilferts Geheimnis. Außer Acht lässt sie zudem, dass nicht jede*r den BAföG-Höchstsatz bekommt und viele Studierende nicht unterstützungsberechtigt sind, weil ihre Eltern gerade genug verdienen, aber dennoch zu wenig, um ihren Kindern ein Studium finanzieren zu können. Auch wenn ein Studienkredit zunächst für Erleichterung sorgen kann, ist mit ihm zusätzlicher Druck während und nach dem Studium verbunden, entsprechende Leistungen zu erreichen, um einen Job zu erhalten, der die Rückzahlungen überhaupt ermöglicht.

Streit um Eigenverantwortung und Reife

Dass nur ein Auszug aus dem elterlichen Haus zu Eigenverantwortung führt, stößt auch den Studierenden in der Kommentarspalte des Facebook-Beitrags bitter auf. Eine Userin meint: „Es ist einfach nervig sich von Leuten sagen zu lassen, sie seien reifer und erwachsener, nur weil sie nicht mehr bei den Eltern wohnen, wenn man auf der anderen Seite eventuell bei der Familie viel mehr Verantwortung trägt als ein Alleinlebender, der sich nur um seine eigenen Probleme sorgt.“ Gilfert zeichnet ein Bild von Studierenden, die sich von den Eltern rundum bedienen lassen und ein sorgenfreies Leben genießen. Dass das nicht unbedingt der Realität entspricht, passt nicht zu ihrer Meinung. Gründe, wie die Pflege Angehöriger oder Aspekte, die die eigene physische oder psychische Gesundheit betreffen, werden ignoriert. Ebenso der Punkt, dass ein Teil der Pendler*innen in ihrem Wohnort bereits einem Nebenjob nachgeht oder aber allein durch die Vorgabe des Stunden-



Pendeln gehört für viele Studierende der UDE zum Alltag. Die Gründe dafür reichen weit auseinander. (Foto: caro)

plans und den Umfang des Studiums keinen geeigneten Nebenverdienst finden können. Nicht zuletzt kommt in einigen Universitätsstädten noch der Wohnungsmangel hinzu. So werden seit Jahren in Großstädten von NRW – wie Köln und Düsseldorf – von den Studierendenvertretungen Notunterkünfte eingerichtet, damit noch suchende Studierende nicht auf der Straße oder anderswo schlafen müssen.

Das größte Problem in Gilferts Argumentation ist allerdings die Begrifflichkeit des Pendelns. Sie schreibt zwar allgemein von studentischen Pendler*innen, führt aber immer wieder an, dass diese auf dem Dorf leben würden. Dabei zählen diejenigen als Pendler*innen, die auf dem Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort die Gemeindegrenzen überqueren. Das heißt, wer in Duisburg wohnt und in Essen studiert, gehört bereits dazu. UDE-Pressesprecherin Beate Kostka gibt an, dass an der UDE 61 Prozent der Studierenden „aus dem unmittelbaren Einzugsgebiet“ der Universität kommen – „die Hälfte von ihnen wohnen entweder in Duisburg (5.145) oder in Essen (6.835)“. Weiter meint sie: „Der Wohnort ist nicht entscheidend dafür, wohin man sich beruflich oder in der Freizeit orientiert. Entscheidend ist doch, wo man das beste Angebot vorfindet, das muss nicht unbedingt immer in derselben Stadt sein.“ Aber selbst wer in einer der Studienstädte der UDE wohnt, jedoch an beiden Campussen studiert, ist faktisch Pendler*in. Ein Facebook-User fasst die Absurdität der Aussage Gilferts zusammen: „Es ist schon ziemlich einseitig, bei einer dezentralen Universität den Studenten mangelnde Zentralisierung vorzuwerfen.“

Verwirklichung von Träumen

Des Weiteren ärgert sich die Volontärin über die Begründung, pendelnde Studierende wollten ihre Schulfreund*innen nicht verlieren und

mehr Zeit mit ihren Partner*innen verbringen. Dass sich der Freundeskreis und Beziehungen im Laufe des Lebens verändern sowie weiterentwickeln ist natürlich, dennoch sollte jede*r selbst so viel Einfluss darauf nehmen können, wie er*sie möchte. Die „Verwirklichung seiner Träume“ muss nicht zwingend der Studienort oder das Studienfach sein, es kann auch das soziale Umfeld sein. Und wenn es „im Pott auf jeden Fall en Masse potenzielle One-Night-Stands“ gibt, ist das nicht für alle das Allheilmittel, um über eine zerbrochene Fernbeziehung hinwegzukommen.

Zuallerletzt kritisiert Gilfert noch die Begründung, das Ruhrgebiet habe nicht allen etwas zu bieten: „Besonders fasziniert mich, wie die pendelnden Studenten über das Ruhrgebiet urteilen, ohne hier jemals gelebt zu haben.“ Faszinierend ist auch, dass sie sich hier über einen Umgang beschwert, den sie selbst durchweg in ihrem Kommentar gepflegt hat. So tritt anstelle fundierter Kritik unterschwellig immer wieder eine Abneigung gegenüber dem Leben im „300-Seelen-Dorf“ mit „Wohnzimmerpartys“ und „Dorfdisco“ auf. So merkt auch eine Studentin an: „Unverschämte, wie hier jemand meint, über andere urteilen zu müssen, mit einem Schreibstil, der weder lässig noch cool ist, sondern einfach nur beleidigend.“

Wer nicht sofort von zu Hause auszieht, hat nicht zwingend „Angst vor dem Erwachsenwerden“, wie Gilfert glaubt, sondern verhält sich womöglich entsprechend der eigenen Lebenssituation gerade dadurch erwachsen und verantwortlich. Dass das Leben in den elterlichen vier Wänden nicht „automatisch Glück“ bedeutet, ist richtig, lässt sich umgekehrt aber ebenso festhalten. So lautet die Kritik einer Studentin gegenüber der UDE: „Ich finde es beschämend, dass die offizielle Seite der Universität so einen Unsinn teilt. Wow.“ [caro]

StuPa: Nicht nur das Universum ist unendlich



Hat sich im Januar endlich konstituiert: Das neue Studierendenparlament der UDE. (Foto: fro)

Bis in die frühen Morgenstunden am Donnerstag, 11. Januar, konstituierte sich das im Dezember gewählte Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen (UDE). Neben reichlich Kritik am Wahlausschuss des StuPa, diskutierten die Parlamentarier*innen über den Stellenzuschnitt der neu gewählten Koalition aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Juso Hochschulgruppe (Jusos) und Linker Liste (LiLi). Streit gab es auch um den Rechenschaftsbericht und eine Passage, in der sich mit dem Kulturticket beschäftigt wird.

Nicht nur für die viertelstündige Verspätung zur Sitzung musste sich der Wahlausschuss in einer hitzigen Debatte rechtfertigen. Ein gültiger sowie ein ungültiger Einspruch gegen die Wahl waren Gegenstand der Auseinandersetzung. Im Vorfeld seien Wahlvorschläge am Campus Duisburg nicht hochschulöffentlich bekannt gemacht worden, so ein Vorwurf im ersten Einspruch. Zudem gab es Kritik an der Auszählung der Stimmen, denn mit 2.995 Stimmen hat der Wahlausschuss acht Stimmen mehr ausgezählt als bei der Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel dokumentiert wurde.

Streit um Stellenzuschnitt

Das komme laut Wahlausschuss durch menschliches Versagen zustande, da bei der Eingabe ins System die acht Stimmen nicht mit einem Kreuz in der Kategorie „Stupa-Wahl“ versehen und somit nicht in den ausgegebenen dokumentierten Wahlzetteln aufgeführt worden seien, obwohl diese abgegeben wurden. „Die Abweichungen sind völlig im Rahmen. Es hätte auch in keinem Fall einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis

gehabt“, erklärte der Wahlausschuss auf Anfrage der akduell. Zum Ende der Verlesung wurde bekannt, dass der erste Einspruch wenige Stunden vor der StuPa-Sitzung zurückgezogen worden war.

Im zweiten Wahleinspruch ging es um die Kommunikation des Wahlausschusses. Demnach habe er kurz vor Absage des ersten Termins der konstituierenden Sitzung im Dezember nicht alle Parlamentarier*innen und hochschulpolitischen Gremien über die Absage informiert. Auch die öffentliche Kommunikation geriet in die Kritik, weil viele Fragen von Studierenden zur Absage der Sitzung im Dezember nicht beantwortet wurden. Sascha Lücker vom Wahlausschuss wies die Vorwürfe wegen vermeintlicher Unsachlichkeit von sich.

Viel Diskussionsstoff bot der künftige Stellenzuschnitt des AStAs. Die neue Koalition aus GHG, Jusos und LiLi hat dem Vorsitz drei Stellen eingeräumt, um die Aufwandsentschädigung der beiden Vorsitzenden auf 600 Euro zu erhöhen (Eine Stelle entspricht 400 Euro). Im Gegensatz zur vorigen Koalition bekommt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zwei statt drei Stellen; das Referat für Sozialpolitik erhält eine weniger und schrumpft damit auf vier Stellen, während das Referat Kultur und Freiräume fünf statt zuletzt drei Stellen inne hat. Eine Stellenkürzung gibt es zudem beim Referat für Ökologie, Mobilität und Infrastruktur, das nun drei Stellen hat.

Kein Koalitionsvertrag

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) warf der neuen Koalition vor, „den AStA unnötig aufzublähen. So wird sich am Ende auch der AStA-Beitrag erhöhen“. Tatsächlich erhöht sich der Stellenzuschnitt um eine Stelle. In der abgelaufenen Wahlperiode hatte der AStA noch 21,5 Stellen. Kritik gab es folglich, weil der AStA-Vorsitz in Zukunft jeweils 200 Euro mehr erhält. Die neu gewählte Vorsitzende Carlotta Kühnemann (LiLi) erklärte: „Wir finden, dass der Vorsitz fai-

rer bezahlt werden muss“ und verwies dabei auf die rechtliche Verantwortung des Vorsitzes. Die Unabhängigen Demokraten (UD) erklärten, dass der Vorsitz ein Ehrenamt und deshalb eine höhere Vergütung nicht angemessen sei. Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) plädierte dafür „nicht nach Pauschale zu bezahlen, sondern nach geleistetem Aufwand“. Die Koalition befand, „dass eine pauschale Bezahlung günstiger ist als nach Leistung zu bezahlen.“ Bei 21 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wurde der Stellenzuschnitt von der neuen Koalition im StuPa letztlich verabschiedet.

Ein Disput entstand im Verlauf der Sitzung um eine Passage im Rechenschaftsbericht des AStAs über die vergangene Legislaturperiode. Zum in der vergangenen Wahlperiode verabschiedeten Kulturticket (akduell berichtete) mit dem Theater und Philharmonie Essen (TUP) heißt es dort: „Bereits bei der Übergabe wurden wir auf die bisherigen Gespräche des TUP mit dem AStA aufmerksam gemacht, die auch von vorherigen ASten initiiert worden waren. Allerdings wurde uns der konkret vorliegende Vertrag als unzulänglich und rechtlich nicht sicher dargestellt. Bei einem Treffen mit dem Theater zeigte sich ein großes Interesse an der Zusammenarbeit und nach der ersten Zusammenkunft stand einer Kooperation nicht mehr viel im Wege.“ Diese Formulierung sorgte beim ehemaligen AStA-Vorsitzenden Gerrit Tapper (UD) für Unmut, wie er im StuPa erklärte: „Dort entsteht der Eindruck, dass ich nicht vom Angebot überzeugt gewesen wäre und empfohlen hätte, den Vertrag grundsätzlich nicht abzuschließen. Das Kulturticket war ein Projekt, das Göker Asilbay (UD, ehemaliger Kulturreferent) und ich aber unbedingt umsetzen wollten.“ Im Verlaufe der Debatte einigten sich AStA-Vorsitzende Kühnemann und Tapper darauf, die Passage zu überarbeiten, um Missverständnisse auszuräumen.

Einer der letzten Tagesordnungspunkte beschäftigte sich mit der Entlastung des Haushalts des alten AStAs, der mit 24 Stimmen einstimmig vom StuPa verabschiedet wurde. Zum Schluss der Sitzung wurden dann die neuen Referent*innen der Koalition aus GHG, Jusos und LiLi gewählt, die für die kommende Wahlperiode allerdings keinen Koalitionsvertrag vereinbart haben. Nils Kriegeskorte (GHG) erklärte dazu in einem Kommentar bei Facebook: „Angesichts des Vertrauensverhältnis zwischen den Listen sahen wir keine Notwendigkeit, einen Koalitionsvertrag auszuarbeiten.“ [dpe]

Zeitungsredakteur*in gesucht!



Die aktuell ist die studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet. Wir verstehen uns als Lernredaktion. Du kannst bei uns deine ersten, zweiten oder dritten Schritte als Journalist*in machen. In einem Team von neun Redakteur*innen erstellen wir bisher in der Vorlesungszeit wöchentlich und in der vorlesungsfreien Zeit zweiwöchentlich eine achtseitige Zeitung aus studentischer Perspektive.

Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. An diesen Tagen solltest du also nicht verhindert sein. **Ab April stehen umfassende Veränderungen bei unserer Zeitung an, über die wir euch im Bewerbungsgespräch aufklären werden.** Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gern mit maximal drei beigefügten Textproben von dir, **bis einschließlich Donnerstag, den 8. Februar 2017, an: vorsitz@asta-due.de.** Bitte scheut euch nicht eure Bewerbung einzureichen, auch wenn ihr keine oder nur wenig Erfahrung habt.

Was ihr mitbringen solltet:

- erste journalistische Erfahrungen und/oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten
- ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherche
- Stressresistenz bei Zeitdruck und Bereitschaft zur Diskussion
- Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten
- Erfahrung mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress und/oder die Bereitschaft, diese Fähigkeiten mit Hilfe der Redaktion zeitnah zu erlernen
- Verbundenheit zur Studierendenschaft und eine klare Haltung gegen jegliche Diskriminierung
- Kenntnisse oder Interesse an Kultur, Forschung, Studium, Sport, Hochschulpolitik studentisch und emanzipatorischen Initiativen lokal und regional
- Großes Engagement, Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitzuarbeiten

Was wir euch bieten:

- Ein Zeichengeld von 3 EUR pro 500 Zeichen
- Ein Honorar von 70 EUR pro Produktion
- Ein Honorar von 30 EUR pro Online-Redaktion
- Ein Honorar von 20 EUR pro Foto

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Carlotta Kühnemann

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Britta Rybicki (BRIT), Lea Sleiman (lys), Julia Segantini (seg), Philipp Frohn (fro), Dennis Pesch (dpe), Sarah Dannehl (caro), Lorenza Kaib (lenz)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	5	3			7	6	4
4	7	1				9	
2					3		
5			9			7	1
			5				
	3	9			2		5
			2				9
		2				8	5
7		8	5			2	4

WOHNHEIMGESCHICHTEN

